

Inhalt

Einführung

Recht auf Leben – Recht auf Sterben	11
---	----

Klaus Holland

Selbstbestimmung bis zum Lebensende –

Illusion oder Wirklichkeit? 15

1	Warum wir einen gesetzlichen Vertreter brauchen	15
1.1	Die Möglichkeiten: Vorsorgevollmacht oder Betreuungsverfügung	16
1.2	Die Vorsorgevollmacht	17
1.3	Die Betreuungsverfügung	19
1.4	Worin liegt der Unterschied zwischen Vollmacht und Betreuung?	20
1.5	Was ist besser: Betreuer oder Bevollmächtigter?	20
1.6	Wie können die beiden Möglichkeiten am geschicktesten kombiniert werden?	22
1.7	Was muss eine Vollmacht unbedingt enthalten?	24
1.8	Die Vollmacht für die Vermögenssorge	27
1.9	Wie formuliert man eine Betreuungsverfügung?	29
1.10	Der zeitliche Ablauf der Bevollmächtigung	31
1.11	Der zeitliche Ablauf der Betreuerbestellung	32
2	Die Patientenverfügung – der zweite Schritt zur Selbstbestimmung	33
2.1	Was ist eine Patientenverfügung?	33
2.2	Die rechtliche Grundlage einer Patientenverfügung	34
2.3	Was ist beim Verfassen der Patientenverfügung zu beachten?	37
2.4	Haben Patientenverfügungen eine zeitlich begrenzte Gültigkeit?	40
2.5	Die Vollmachten und Verfügungen selbst entwerfen oder Vordrucke verwenden?	41
2.6	Wenn schon Vordrucke, welche soll man nehmen?	42
2.7	Wie sieht ein Vergleich der Vorsorgemappen aus?	43
2.8	Was empfehlen die beiden großen Kirchen?	45
3	Der Arzt und das Patientenverfügungsrecht	47
3.1	Die Arten der Sterbehilfe im deutschen Recht	47
3.2	Wie verbindlich ist die Patientenverfügung für den Arzt?	49

3.3	Die ethische Problematik der Entscheidungsfindung beim einwilligungsunfähigen Patienten	52
3.4	Die unterschiedlichen Vorstellungen zur „Reichweite der Patientenverfügung“	56
3.5	Gibt es Auswege aus dem Dilemma: Freie Selbst- bestimmung kontra Schutz des Patienten vor unbedachten Verfügungen?	56
3.6	So nehmen Sie den Arzt in die Pflicht	58
3.7	Was sagt die Bundesärztekammer zur Patientenverfügung? ...	60
3.8	Inwieweit sind die Entscheidungen der Patientenvertreter für den Arzt verbindlich?	64
3.9	Das Schweigegebot des Arztes gegenüber Betreuern oder Bevollmächtigten	67
4	Wann muss das Vormundschaftsgericht eingeschaltet werden?	68
4.1	Die Bestellung eines Betreuers	68
4.2	Der Konfliktfall zwischen Arzt und Patientenstellvertreter	68
4.3	Missbräuchliche Amtsführung des Stellvertreters	69
4.4	Einwilligung des Stellvertreters in eine lebensgefährdende Behandlung	69
4.5	Welche medizinischen Eingriffe sind genehmigungspflichtig?	70
5	Sonderfälle	73
5.1	Die Magensonde (PEG) zur künstlichen Ernährung	73
5.2	Entscheidungsfindung bei unmündigen Patienten	75
5.3	Bluttransfusion bei Zeugen Jehovas	75
5.4	Verfahrensweise bei Eingriffen im Notfall	76
5.5	Der Umgang mit Patienten bei andauernder Bewusstlosigkeit	77
6	Brauchen wir eine andere Art der Patientenverfügung?	82

Ingrid Ackermann-Grüger

**Organtransplantation und die Rechte der Sterbenden
– eine Gratwanderung..... 85**

1	Wann ist der Mensch tot?	85
2	Wie kam es zum Begriff „Hirntod“?	87
3	Wie wird der „Hirntod“ festgestellt?	90

4	Wie tot ist der „Hirntote“?	91
5	So tot wie nötig, so lebendig wie möglich	92
6	Wo stehen wir heute in der „Hirntod“-Diskussion?	95
7	Risiken und Nebenwirkungen	97
8	Anfrage an die Hospizbewegung	99

Dieter Emmerling

In der Grauzone des Hirntodes

Ein Fallbeispiel aus eigener Betroffenheit	101
--	-----

Dieter Mattner

Ethische Grundüberlegungen 109

1	Ethische Problemstellungen	109
2	Fragen an die Ethik	114
3	Was sind die Kriterien, die menschliche Denk- und Handlungsweisen als vernünftig ansehen?	116
3.1	Die utilitaristische Vernunft-Ethik	117
3.2	Die ethisch normierende praktische Vernunft	121
4	Zur Notwendigkeit einer auf das Mensch-Sein verpflichteten Ethik	123

Klaus Holland

Du sollst nicht töten – oder vielleicht doch?

Zum Stand der Euthanasiediskussion in Deutschland

und in den Nachbarländern 127

1	Die Diskussion in Deutschland	127
2	Wie stehen unsere Nachbarn zur aktiven Sterbehilfe?	135
2.1	Überblick und Forschungsergebnisse	135
2.2	Niederlande	137
2.3	Belgien	139
2.4	Frankreich	141
2.5	Schweiz	142
2.6	Österreich	144

Klaus Holland

Dokumente

Gesetze / Handreichungen / Vereinbarungen

1	Maßgebliche deutsche Gesetze	147
2	Handreichungen für Ärzte zum Umgang mit Patientenverfügungen	153
3	Grundsätze der Bundesärztekammer zur ärztlichen Sterbebegleitung von 2004	161
4	§ 39a SGB V: Ambulante und stationäre Hospizversorgung	168
5	Die unterschiedlichen Arten von Sterbehilfe – Begriffserläuterungen –	170
5.1	Die Aktive Sterbehilfe oder die Tötung auf Verlangen	170
5.2	Die Indirekte Sterbehilfe, auch leidensmindernde Behandlung oder Therapie am Lebensende	174
5.3	Die Passive Sterbehilfe, Behandlungsabbruch oder Verzicht auf lebenserhaltende Maßnahmen (= Behandlungsbegrenzung)	177
5.4	Beihilfe zum Suizid oder Mitwirkung am frei verantwortlichen Suizid	181
6	Konkrete Formulierungsvorschläge für individuelle Vorsorgedokumente	185